

Hans-Joachim von Olberg

Das ostdeutsche Bildungswesen in der Wende. Einige persönliche Erfahrungen 1989 bis 1991

Nicht nur der äußere Anlass, dass vor genau 30 Jahren die Berliner Mauer gefallen ist, sondern auch die aktuellen politischen Dissonanzen zwischen Ost- und Westdeutschen sind gute Gründe für eine Retrospektive auf die Jahre 1989/90. In der Wendezeit hatte es gerade zwischen Lehrkräften sowie Didaktikerinnen und Didaktikern der politischen Bildung in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen einen intensiven Austausch gegeben. Die leitende Frage der subjektiven Erinnerungen im folgenden Text ist dabei, ob die Prozesse und Entscheidungen beim Aufbau in den „neuen“ Bundesländern eine bevormundende Fremdbestimmung durch den Westen oder eine notwendige Konsequenz aus dem mehrheitlichen Volkswillen der Menschen in einer zusammengebrochenen Diktatur waren.

Mein Blickwinkel, meine Aufgabe

Die „Wende 1989/90“ – oder auch gelegentlich „Wiedervereinigung“ genannt – kann in drei aufeinander folgende Abschnitte eingeteilt werden: (1) der allmähliche Zerfall des sowjetischen Herrschaftsbereichs in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre (Perestroika) mit der rasanten *Implosion* der DDR im Jahre 1989 selbst; (2) die *Übergangsphase* der „nicht mehr staatssozialistischen“ DDR zwischen November 1989 und Oktober 1990 mit dem Versuch der Reformierung einer selbstständigen DDR; (3) die gesellschaftliche *Transformationsphase* in den neuen Bundesländern und ihre Integration in die größere Bundesrepublik. Diese Wendephasen habe ich persönlich aus verschiedenen Perspektiven miterlebt: bis zum Mauerfall in Münster vorwiegend über Fernsehen und Zeitungen, die Übergangsphase bis zur deutschen Einheit zusätzlich punktuell nebenberuflich in Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte in der Noch-DDR und ab Frühjahr 1991 bis Sommer 1992 hauptberuflich als von der Universität Münster an das neue Bundesland Brandenburg ausgeliehener Lehrplanentwickler und Ausbilder der Lehrkräfte im Pädagogischen Landesinstitut des Landes Brandenburg (PLIB) in Ludwigsfelde bei Potsdam südlich von Berlin. Ich werde aus der zweiten und dritten Phase primär anekdotisch – gleichsam als Zeitzeuge vor Ort – über einige Situationen im Prozess der Umstellung des Bildungswesens in den neuen Bundesländern berichten. Zwischendurch wage ich einige eigene Urteile zu der Frage, ob die Umstrukturierung des Bildungswesens auf dem Gebiet der DDR nach dem 9. November 1989 ein fremdbestimmter Vorgang des Überstülpens von westdeutschen Strukturen war oder nicht (nur). Meine Erinnerungen und Einschätzungen schreibe ich aus der Rückschau nach 30 Jahren auf; dabei habe ich ein Gefühl, dass zwischen Selbstrechtfertigung und Selbstkritik pendelt. Ich weiß im Augenblick noch nicht, wozu ich mehr tendiere ...

Meine teilnehmenden Beobachtungen stammen also von einem westdeutschen Dozenten, Lehrerfortbildner und ausgeliehenen Mitarbeiter der Bildungsverwaltung. Zusätzlich war ich noch als Mitglied der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) beim Aufbau dieses Fachverbandes aktiv. Meine Aufgabe im Ludwigsfelde bestand darin, die Entwicklung von Lehrplänen für alle Schulformen des

Landes Brandenburg von der Grundschule bis zu den beruflichen Schulen für die Fächer Geschichte, Geographie und Politische Bildung zu organisieren, die dazugehörige fachliche Lehrkräftefortbildung einzurichten und am Aufbau einer neuen Ausbildung für Politiklehrkräfte in der Lehre und als Berater mitzuwirken.

In der Übergangsphase 1990: nicht mehr SED-Staat – noch nicht BRD

Während dieser Monate bin ich einige Male zu Fortbildungsveranstaltungen der DVPB in die DDR gereist und habe dort die ersten Umbau-Schritte des Schulwesens von einer staatssozialistischen Diktatur in Richtung auf eine pluralistische, kapitalistische und nach Westen geöffnete Demokratie beobachten können. In der DDR-Führung war Erich Honecker als SED-Vorsitzender und Staatsratsvorsitzender schon kurz vor dem 9. November 1989 abgelöst worden; Hans Modrow, der weniger dogmatische ehemalige Bezirkschef der SED in Dresden, wurde am 13. November 1989 – also nur wenige Tage nach Öffnung der Mauer – neuer Ministerpräsident. Eine der ersten Entscheidungen seiner noch von der SED geführten Regierung war noch im November 1989 die Abschaffung der Staatsbürgerkunde und ihre Ersetzung durch das Fach Gesellschaftskunde. Die Schauspielerin Steffi Spira hatte ja am 4. November 1989 auf einer Großdemonstration auf dem Ostberliner Alexanderplatz vor Hunderttausenden von begeistert zustimmenden DDR-Bürgern ausgerufen:

„Ich wünsche für meine Urenkel, dass sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde, und dass keine Blauhemden mit Fackeln an den hohen Leuten vorbeiziehen“.

Die Staatsbürgerkunde (profunde Gesamtanalyse: Grammes / Schluß / Vogler 2006) war zu einem verhassten Symbol der SED-Herrschaft geworden. Schon am 16. März 1990 legte die Modrow-Regierung einen sozialwissenschaftlich orientierten Lehrplan für das Fach Gesellschaftskunde vor, der nicht mehr auf Indoktrination abzielte. Vielmehr sollte das didaktische Prinzip gelten:

„Im Dialog lernt der Schüler seine Meinung zu vertreten, genau zuzuhören und exakt zu argumentieren.“ (Ministerium für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 7).

In Gesprächen mit Lehrkräften während der Fortbildungen zur politischen Bildung kam deutlich der Wunsch nach der Zukunft einer selbstständig bleibenden DDR entsprechend dem Konzept eines „freiheitlichen Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zum Ausdruck. Lehrkräfte aus dem Umfeld von Evangelischer Kirche und Bürgerbewegung gaben den Ton an. Sie stützten sich unter anderem auf hektographierte Veröffentlichungen einer reformorientierten Gruppierung aus einem Kreis von jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) in Ost-Berlin, die bereits im Sommer 1989 – teilweise also noch in der Illegalität – angefangen hatte zu arbeiten. Auf den Straßen der Noch-DDR überwog hingegen der Wunsch nach schneller Einführung der D-Mark, der Teilhabe am Wohlstand des Westens und der Vereinigung mit der BRD.

Vor dem Hintergrund dieser Deutungen machte ich meine eigenen Erfahrungen mit DDR-Pädagogen. Auf einer Weiterbildungsveranstaltung des Pädagogischen Bezirkskabinetts im Zentrum Potsdams mit Gast-Referentinnen und -Referenten aus Nordrhein-Westfalen war ich als Mitglied eines Teams angereist, das dort eine „Zukunftswerkstatt“ mit den Teilnehmenden aus Brandenburg durchgeführt hat. In der Auswertung sagte eine Lehrerin voller Erstaunen:

„Ich habe noch nie eine Weiterbildung erlebt, in der auch die Dozenten sich auf den Boden knien und mit uns Plakatten zerschneiden und beschriften.“

Für sie war die Begegnung mit den Fortbildnern aus dem Westen Deutschlands wohl ein Aufbruchssignal zu kollegialen und kooperativen statt hierarchischen und autoritären Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden.

Während meine Kolleginnen und Kollegen und ich im Winter 1989/90 glaubten, an einer Konföderation zur Neuordnung der demokratischen Kulturnation der Deutschen zwischen reformierter DDR und fest in Europa integrierter Bundesrepublik mitarbeiten zu können, vollzog sich auf den Straßen der DDR ein Parolenwechsel: Statt gegen die SED-Herrschaft gerichtet „Wir sind das Volk“ hieß es jetzt auf Spruchbändern und in Sprechchören „Wir sind ein Volk“. Dies war ein höchst folgenreicher Wandel vom republikanischen zum nationalen Gehalt des Begriffes „Volk“ bei der Mehrheit der DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Ich aber blieb begeistert bei einem Demokratieverständnis, nach dem eine erneuerte deutsche Verfassung auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und staatlichen Gremien sowie den Vorarbeiten „Runder Tische“ ausgehandelt werden müsste.

Ich beteiligte mich deshalb ab diesem Winter an einer Initiativegruppe in Münster, die für Gesamtdeutschland helfen wollte, eine erneuerte Ordnung gewissermaßen „von unten“ auszubauen. Solche Initiativegruppen gab es an vielen Orten der DDR und der BRD. Sie wollten die Chance ergreifen, die deutschen Verhältnisse durch eine neue, vom Volk zu beschließende Verfassung zu regeln; eine Chance, wie sie Artikel 146 des Grundgesetzes bot. Das Gegenmodell zu diesem Weg war der einfache Beitritt der Länder auf dem Gebiet der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes. Die ständig massiver werdenden Forderungen

nach nationalstaatlicher Einheit in Ostdeutschland und die Regierung der BRD unter Helmut Kohl bevorzugten aber den Weg über einen Beitritt ohne Volksentscheid.

Der Druck, die D-Mark möglichst schnell auf dem Gebiet der DDR einzuführen, war so groß, dass sogar schon zum 1. Juli 1990 ein Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft trat. Ich habe diesen Tag auf dem Rückweg von einem Vortrag an der Pädagogischen Hochschule „Ernst Scheller“ in Zwickau/Sachsen nach Münster erlebt. Dozenten der „Staatsbürgerkundemethodik“ von dort hatten mich zu einem Vortrag am 30. Juni über die Entwicklung von Richtlinien eingeladen; es sollte auch Fahrtkostenerstattung und ein Honorar geben. Die Abteilung für Staatsbürgerkundemethodik in Zwickau war eine der größten Ausbildungsstätten für Staatsbürgerkundelehrkräfte an Oberschulen der DDR. Künftig sollten nun Lehrkräfte für Gesellschaftskunde statt für Staatsbürgerkunde oder als Jugendpionierleiter an Schulen ausgebildet werden. Ein Referent aus dem Westen mit Erfahrung in der politisch-sozialwissenschaftlichen Lehrplanentwicklung kam da ganz recht.

Ich wurde sehr freundlich am Morgen des 30. Juni an der Hochschule in Empfang genommen und bald in die Aula geführt, wo der Vortrag stattfinden sollte. Gerechnet hatte ich mit einer Zuhörerschaft von einigen Dutzend Studierenden des Faches. Ich staunte aber nicht schlecht, als ich in der voll besetzten Aula ein Auditorium von ca. 500 Studierenden vorfand. Die Studierenden waren bei meinem Referat sehr aufmerksam, schrieben eifrig mit, klatschten höflich am Ende meines Referats Beifall, stellten aber keine weiteren Fragen und wollten auch nicht diskutieren. Ein Zwickauer Kollege erklärte mir anschließend erst, die Studierenden müssten nun eine zweistündige Klausur über meinen Vortrag schreiben, schließlich könne man ja selbst nicht aus dem Stand über die Didaktik der politischen Bildung unterrichten. Ich war verblüfft.

Auch mischte sich eine Art freudiger Verzweiflung in meine bereits angespannte Stimmung, als ich in Form einer Unmenge von Banknoten der DDR-Währung mein sehr reichhaltiges Honorar ausgezahlt bekam. Der Haken war, dass dieses Geld am folgenden Tag keinen nennenswerten Tauschwert mehr besitzen würde. Ich fuhr also am frühen Nachmittag hinunter in die Innenstadt von Zwickau und kaufte in einem Buchladen eine beträchtliche Anzahl von Büchern. Mein Honorar hatte ich aber auf diese Weise bei Weitem nicht ganz ausgeben können. Das Honorar war nominell einfach zu hoch und die Bücher zudem ungemein billig. Ich konnte aber den nicht ausgegebenen Teil meines Geldbündels nach meiner Rückkehr in Münster dann doch in D-Mark-West umtauschen.

Erst 1991 während meiner späteren Tätigkeit in Brandenburg wurde mir klar, wen ich da an der Pädagogischen Hochschule in Zwickau vor mir gehabt hatte. Es waren die Staatsbürgerkundestudierenden aus den ersten vier Studiensemestern. Diese Klientel sollte sozusagen im fliegenden Wechsel zu Gesellschaftskundelehrkräften umgeschult werden. Die Regierung Modrow (SED) hatte im Frühjahr 1990 geplant, in Weiterbildungskursen von wenigen Wochen und

in einjährigen postgradualen Studiengängen einfach Lehrkräfte für Staatsbürgerkunde in Gesellschaftskundlerinnen und -kundler umzuschulen. Konzepte dazu sollten von den Professorinnen und Professoren für Staatsbürgerkundemethodik an den Pädagogischen Hochschulen Leipzig, Halle, Berlin, Neubrandenburg und Zwickau entwickelt und umgesetzt werden (vgl. Biskupek 2002, S. 100 ff.). Ich begann zu zweifeln, ob so das Personal einer demokratischen politischen Bildung gewonnen werden könnte. Die Regierung de Maizière (CDU) hat diese Art der Rekrutierung von Fachlehrkräften der politischen Bildung dann im Sommer 1990 gestoppt.

Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg in Ludwigsfelde

Die Entscheidung über die Ausgestaltung der Ausbildung und Weiterbildung der Lehrkräfte, der Lehrpläne und der Schulstruktur wurde also auf die Zeit nach dem Inkrafttreten der nationalen Einheit am 3. Oktober 1990 in den einzelnen neuen Bundesländern verschoben. Bereits am 14. Oktober wählten die Brandenburger ihren Landtag, der Manfred Stolpe (SPD) zum Ministerpräsidenten kürte; er führte eine Landesregierung aus SPD, Bündnis 90 und FDP. Diese Parteienkonstellation erleichterte die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesland NRW ganz erheblich.

Mein Arbeitsplatz für anderthalb Jahre in Ludwigsfelde war vom Ort her absolut kurios. Der umfangreiche Gebäudekomplex mit dem Namen Struveshof war am Rande der Kleinstadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunächst als Jugendwerkhof von Berlin-Zehlendorf für gestrauchelte Jugendliche und später als Landerziehungsheim errichtet worden. Die gelb gestrichenen Gebäude sahen aus wie Kasernen; später wurde der Komplex vom Ministerium für Volksbildung der DDR als zentrale Einrichtung für Weiterbildung von Lehrkräften der ganzen DDR genutzt. Vor dem Eingangsbereich hatte Margot Honecker in den siebziger Jahren einen vergleichsweise riesengroßen Vorlesungssaal neu bauen lassen, der auch als Ort für ihre berühmt-berüchtigten Reden auf den jährlich dort abgehaltenen DDR-weiten Pädagogischen Konferenzen benötigt wurde.

Während der Woche wohnte ich auf einem kleinen Zimmer in einem Nebenhaus des PLIB-Komplexes. In einem Dach-Kämmerchen des Obergeschosses hatte man mich untergebracht. Durch heftiges Poltern und lautes Lallen aus dem Untergeschoss während mehrerer Nächte wurde mir ganz indirekt bewusst, mit welch tragischen Einzelschicksalen dieser Systemwechsel verbunden sein konnte. Kollegen aus dem Institut klärten mich darüber auf, woher der nächtliche Krach rührte. Dort lebte in einer Wohnung des Erdgeschosses noch – so wie gleichfalls lange Jahre vorher auch – die bis November 1990 im DDR-Weiterbildungsinstitut verantwortliche Referatsleiterin für den Bereich Staatsbürgerkunde – quasi meine Vorgängerin. Sie war inzwischen arbeitslos geworden. Der Untergang des ersten und bislang einzigen sozialistischen Staates auf deutschem Boden hatte sie auch persönlich zutiefst getroffen. Nur der hochprozentige Alkohol hat sie noch trösten können.



Struveshof in Ludwigsfelde

© Wikimediacommens

Schritt für Schritt wurde ab 1991 das Terrain für das neue Landesinstitut renoviert. Dabei traten manche Merkwürdigkeiten zu Tage. Besonders nachhaltig war mein Eindruck von einigen medialen Mitteln, mit denen das DDR-Weiterbildungsinstitut versucht hatte, die schulpädagogische Arbeit zu unterstützen, als ich neugierig auf dem Dachboden eines der PLIB-Gebäude stöberte. Ich fand dort völlig ungebraucht aber hunderte von Großplakaten mit den Konterfeis von DDR-Ministerpräsident Willi Stoph, der Volksbildungsministerin Margot Honecker und dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker; daneben entdeckte ich ungezählte rote Schriftbänder mit Aufdrucken wie „Der Sozialismus wird siegen!“ und schließlich paketweise „Wink-Elemente“ aus Papier mit der DDR-Fahne.

Zwar waren keine ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DDR-Weiterbildungsinstituts am Brandenburger Landesinstitut in Ludwigsfelde angestellt, aber das Institutspersonal setzte sich ansonsten bunt gemischt aus Ost und West zusammen. Die meisten in der DDR sozialisierten Kolleginnen und Kollegen haben mit offenen Karten gespielt und waren für mich wichtige Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner. Ganz anders verhielt es sich mit einem Mitarbeiter meines Referats; eines Tages erschien er plötzlich nicht mehr zur Arbeit. Der Grund: Er war als ehemaliger STASI-Mitarbeiter mit Ausbildung in Moskau enttarnt worden. Sein heuchlerisches Vorspielen konstruktiver Mitarbeit am Aufbau eines demokratischen Bildungswesens in Brandenburg hat mich nachträglich sehr verunsichert.

In vielen Fragen musste ich mit dem Bildungsministerium in Potsdam zusammenarbeiten. Während meiner Zeit im PLIB leitete Marianne Birthler (Bündnis 90) unter Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) dieses Ressort; beide kamen aus der Evangelischen Kirche der DDR. Im rotgrün orientierten Bildungsministerium gaben zwei Gruppierungen den Ton an. Da waren einerseits die Weggefährterinnen und Weggefährten der Ministerin aus der oppositionellen Bürgerbewegung der DDR; auf der anderen Seite gab es die vielen Wessis aus der Bildungsverwaltung vor allem des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Man kann sich vorstellen, dass die Zusammenarbeit in diesem Hause gelegentlich ganz schön brisant verlaufen ist.

Jedes der Ost-Länder hatte solche Partnerländer im Westen, die beim Verwaltungsaufbau personelle, fachliche und gesetzgeberische Unterstützung leisteten.

Man kann sich gut vorstellen, dass parteipolitische Konstellationen in den Ländern der „alten“ Bundesrepublik sich oft beim Aufbau des Schulwesens der Partnerländer reproduzierten. Dazu ein Beispiel: Dass in Brandenburg bei der Neugestaltung des Sekundarschulwesens die Errichtung der Gesamtschule Priorität bekam, lag sicherlich nicht zuletzt am sozialdemokratisch geführten Partnerland NRW und seinen Leihbeamtinnen und -beamten.

Schon vor meinem Dienstantritt in Ludwigsfelde nahm ich Kontakt mit potentiellen Kooperationspartnern für die aufzubauende Weiterbildung der Lehrkräfte und Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Geschichte und Politische Bildung auf, um sie für Kurse und Veranstaltungen zu gewinnen. Die Bundesregierung hatte sehr viel Geld und Material für diese Projekte zur Verfügung gestellt. An Bereitschaft zur Mitarbeit von Referentinnen und Referenten vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest/NRW, von NRW-Hochschulen, sowie vom Pädagogischen Zentrum und der Freien Universität in Westberlin mangelte es nicht. Unter diesen Dozentinnen und Dozenten gab es manch markante Persönlichkeiten der Sozialwissenschaften aus der BRD und speziell Westberlin. In besonderer Erinnerung ist mir Prof. Bernd Rabehl von der FU Berlin, ehemaliger Kampfgefährte von Rudi Dutschke im SDS während der Studentenunruhen Ende der sechziger Jahre geblieben – nach 2000 hat er sich in rechtsradikalen Zirkeln engagiert.

Und dann existierten noch etwa 600 Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) in der Ex-DDR, die neue Betätigungsfelder im vereinten Deutschland suchten. Mehrere Beschäftigte der Akademie hatten mich angeschrieben, ob sie nicht in der Brandenburger Lehrerweiterbildung mitwirken könnten. Ich habe noch genau meinen Besuch im Gebäude der Akademie an der Otto-Grotewohl-Straße 11 in Berlin vor Augen. Während der Gespräche in einigen der stickigen Büros kam bei mir Beklommenheit auf. Ich habe später mit keiner Person aus der APW eine Kooperation vereinbart. Alles erschien mir wie eine jahrhundertalte Last von Bürokratie, die sich in vielen Schichten über der deutschen Bildungslandschaft ausbreitet. Das Gebäude war nämlich 1903 als Erweiterung für das Preußische Kultusministerium errichtet worden; in der Weimarer Republik wurde es vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung genutzt, in der Nazizeit vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Nach 1945 ist das zerstörte Gebäude für das Volksbildungsministerium der DDR wiederaufgebaut und später auch von der APW bezogen worden.

Zu Beginn meiner Tätigkeit in Brandenburg wollte ich mir aus eigener Anschauung eine Vorstellung von der augenblicklichen Situation in den Schulen und im Unterricht

machen. Ich hatte einige Schulleitungen gebeten, im Unterricht hospitieren zu können. Das nahe bei Ludwigsfelde gelegene Berufsbildungszentrum Teltow sagte als erste Schule spontan zu. Ich wurde sehr freundlich von Mitgliedern des Kollegiums empfangen und in eine erste Klasse geführt. Als ich in den Raum eintrat, standen unaufgefordert alle Schülerinnen und Schüler auf, stellten sich exakt neben ihre Tische und ein Schüler meldete: „Die Klasse Elektro IIIa begrüßt herzlich Herrn von Olberg vom Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg.“ ... Ich fühlte mich in die Vorvergangenheit des deutschen Schulwesens zurückversetzt. Mein Blick wanderte während des Unterrichtsbesuchs auf den Fußboden des Klassenzimmers. Alle Tische waren schön in Reih und Glied mit Schrauben unverrückbar am Fußboden fixiert. Nach der Hospitation wurde ich zum Kaffee in das Zimmer des Direktors eingeladen. Dort war die engere Schulleitung versammelt: neben dem Direktor, der ehemalige SED-Parteisekretär der Schule und ein ehemaliger Staatsbürgerkundelehrer. Die drei erklärten mir offen, dass sie als Funktionsträger in den letzten Jahren die Geschicke der Berufsbildenden Schulen in Teltow gelenkt hätten; man erwarte aber in nächster Zeit eine Neuberufung der gesamten Schulleitung.

Schon kurze Zeit darauf lagen 1991 gedruckt die vorläufigen Rahmenpläne für die Fächer Erdkunde, Geschichte und Politische Bildung an Grundschulen, der Sekundarstufe I, der gymnasialen Oberstufe und den berufsbildenden Schulen des Landes Brandenburg vor (siehe exemplarisch: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport – Land Brandenburg 1991); entwickelt von gemischten Kommissionen, die zur Hälfte aus Brandenburger Lehrkräften und zur Hälfte aus nordrhein-westfälischen Pädagoginnen und Pädagogen zusammengesetzt waren. ... Darüber zu erzählen wäre ein weiterer Abschnitt meiner Brandenburger Erinnerungen. Aber auch jener Teil würde berichten von verpassten Chancen einer selbstbestimmten Demokratiegründung im Osten Deutschlands, vom Überstülpen westdeutscher Strukturen des Bildungswesens und von den wirtschaftlichen, politischen und internationalen Zwängen beim Aufbau Ost, die uns auch heute noch nach fast dreißig Jahren weiter beschäftigen.

Literatur

- Biskupek, Sigrid (2002): Transformationsprozesse in der politischen Bildung. Von der Staatsbürgerkunde in der DDR zum Politikunterricht in den neuen Ländern. Schwalbach/Ts. Grammes, Tilman / Schluß, Henning / Vogler, Hans-Joachim (2006): Staatsbürgerkunde in der DDR. Ein Dokumentenband, Wiesbaden
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport – Land Brandenburg (Hrsg.) (1991): Vorläufiger Rahmenplan Lernbereich „Gesellschaftslehre“ Politische Bildung Sekundarstufe I. Potsdam, Juni 1991
- Ministerium für Bildung und Wissenschaft – Berlin (1990): Rahmenpläne für den Gesellschaftskundeunterricht (Erprobungslehrplan). Berlin, 16.3.1990

Hans-Joachim von Olberg ist Lehrbeauftragter am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Münster und Redakteur der Zeitschrift POLIS der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Er war von 1996 bis 2004 Landesvorsitzender der DVPB in Nordrhein-Westfalen. Kontakt: olberg@uni-muenster.de